

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 120 (1994)
Heft: 21

Artikel: Schutzmassnahmen für Politiker in St. Gallen : vom Volk gepeinigte
Volksvertreter
Autor: Forrer, Dani
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-605189>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Volk gepeinigte Volksvertreter

*Spiegeln, Spiegeln
an der Wand, wo sitzt
das ängstlichste Parlament
im ganzen Land?
Im Osten hinter den Bergen,
da wimmelt's von politischen
Zwergen*

Das Grossratsgebäude in St. Gallen soll in eine geschlossene Anstalt umfunktioniert werden. Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte sollen künftig nicht wie bisher viermal im Jahr zu Sessions zusammenkommen, sondern das ganze Jahr über in der Anstalt verbringen und so vor jeglichem schädlichen Kontakt mit der gemeinen Bevölkerung geschützt werden. Diese überraschende Forderung stellt eine anonyme überparteiliche Gruppe von Parlamentsmitgliedern, die sich von Demonstranten vor dem Grossratsgebäude zunehmend bedroht und in ihrer Meinung beeinflusst fühlen.

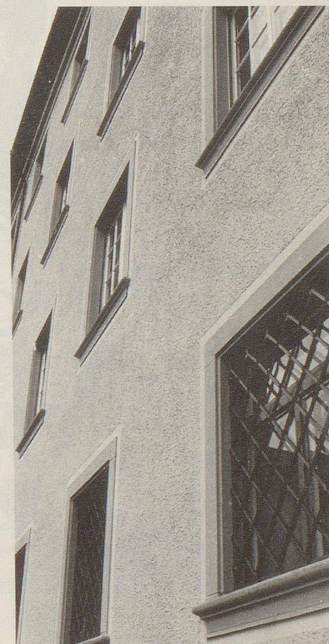
Zur Vorgeschichte: In den letzten Jahren war es in unregelmässigen Abständen immer wieder vorgekommen, dass sich beinahe ein Dutzend normale Menschen (Nichtparlamentarier) zu Sessionsbeginn mit zwei bis drei Transparenten vor dem Eingang des Grossratsgebäudes versammelten und so für ihre jeweiligen Anliegen warben. Beim Präsidium des Kantonsrates häuften sich die Klagen von Ratsmitgliedern, die «ein Spiessrutenlaufen durch ein Spalier von Demonstranten als unzumutbar erachteten. Ausserdem sei geltend gemacht worden, Kundgebungen wirkten störend und könnten die Mitglieder des Grossen Rates in ihrer Meinung beeinflussen.» (*St. Galler Tagblatt*, 3. Mai 1994)

Offenbar fühlen sich verschiedene Ratsmitglieder überfordert, wenn sie ihre Meinung selber bilden und darum Argumente von ausserhalb des Rats-

und Parteibetriebes in ihre Entscheidung mit einbeziehen müssen.

Glücklicherweise hat das Ratspräsidium nun gehandelt: Es hat dem Parlament eine Änderung des Grossratsreglementes vorgelegt, die da lautet: «Der ungehinderte Zugang zum Regierungsgebäude und zu den Räumen des Grossen Rates muss gewährleistet sein.» Damit könnten unliebsame Demonstranten auf sichere Distanz gezwungen werden. Die hehre Begründung in der Botschaft: «Entscheidende Voraussetzung unabhängiger parlamentarischer Arbeit ist es unter anderem, den Sitzungsort unbehindert zu erreichen. Damit soll ausgeschlossen werden, dass ein Parlamentsmitglied physisch unter Druck gesetzt bzw. genötigt wird, seine Stimme in die eine oder andere Richtung abzugeben.»

Der gutgemeinte Vorschlag des Präsidiums geht der anony-



BILDER DANI FORRER

...vergitterte Fenster für alle Etagen wären architektonisch kein Problem

men Parlamentariergruppe zu wenig weit. Zwar wären die bedrängten Volksvertreter künftig sicher vor Pöbeleien und tätlichen Übergriffen ihrer Wähler, räumt die Gruppe ein, doch könne ihre Meinung dennoch durch Spruchbänder und laute Rufer beeinflusst werden. Um den reibungslosen Ablauf des Ratsbetriebes zu gewährleisten, sei eine geschlossene Anstalt die einzig mögliche Massnahme, argumentieren die vom Volk bedrohten Volksvertreter. Nach ihren Vorstellungen dürfen nur noch ausgewählte parteiinterne Machthaber Kontakt zur Aussenwelt pflegen. Sämtliche Medien und sonstige Informationsquellen sollen künftig von den Parlamentariern ferngehalten werden. Nur so könne erreicht werden, «dass die Ratsmitglieder die Übersicht über ihre eigenen Meinungen behalten und damit die Demokratie bewahren können».

Dani Forrer



St. Galler Regierungsgebäude: Für grosszügigen Auslauf der Parlamentarierinnen und Parlamentarier wäre gesorgt...